



Terrorismuswatch | #terrorism_watch
www.terrorismuswatch.de
buero@terrorismuswatch.de

TERRORISMUSBEDROHUNG LIBERIA



Die maßgebliche Gewaltgeschichte Liberias ist durch die beiden Bürgerkriege von 1989 bis 1997 sowie von 1999 bis 2003 geprägt. Der Angriff am Heiligabend 1989 markierte den Beginn des ersten Bürgerkriegs, aus dem zahlreiche bewaffnete Fraktionen hervorgingen und der aufgrund seiner außergewöhnlichen Brutalität internationale Aufmerksamkeit erlangte. Diese Konflikte waren jedoch primär macht-, ressourcen- und ethnopolitisch motiviert und nicht ideologisch oder religiös-terroristisch im heutigen Verständnis. Die bis heute unvollständige Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheits- und Versöhnungskommission verdeutlicht, dass strukturelle Konfliktursachen weiterhin teilweise fortbestehen, ohne bislang in terroristische Gewalt umzuschlagen.

Das gegenwärtig bedeutendste sicherheitspolitische Risiko für Liberia ergibt sich nicht aus einer innerstaatlichen terroristischen Bedrohung, sondern aus der regionalen Ausbreitung jihadistischer Netzwerke von der Sahelzone in Richtung der westafrikanischen Küstenstaaten. Liberia bleibt damit den Auswirkungen einer sich verschärfenden regionalen Sicherheitslage ausgesetzt. Parallel hierzu bestehen erhebliche Herausforderungen durch transnationale organisierte Kriminalität. Insbesondere Drogenhandel, illegaler Bergbau, Waffenhandel sowie weitere Schmuggelaktivitäten nutzen zunehmend maritime und regionale Transitrouten. Internationale Sicherheitsanalysen weisen darauf hin, dass organisierte Kriminalität und Terrorismusfinanzierung immer stärker miteinander verflochten sind und sich gegenseitig begünstigen können.

Zu den zentralen jihadistischen Akteuren der Sahelregion zählen "Jama'at Nusrat al-Islam wal-Muslimin" (JNIM), ein mit Al-Qaida verbundenes Bündnis mehrerer Gruppierungen, sowie die "Islamic State Sahel Province" (IS-SP). Vor allem JNIM verfolgt seit mehreren Jahren eine ausgeprägte Expansionsstrategie, die zahlreiche Staaten Westafrikas in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt hat. Ziel dieser Strategie ist weniger die territoriale Eroberung weiterer Staaten als vielmehr die Ausweitung operativer Handlungsspielräume, logistischer Netzwerke sowie politischer Einflussmöglichkeiten. Eine operative Präsenz oder terroristische Infrastruktur dieser Gruppierungen innerhalb Liberias ist gegenwärtig jedoch nicht dokumentiert. Gleichwohl kann aufgrund der regionalen Entwicklung nicht ausgeschlossen werden, dass Liberia künftig verstärkt als Transit-, Rückzugs- oder Logistikraum für grenzüberschreitend agierende Netzwerke an Bedeutung gewinnt.

Vor diesem Hintergrund fand im Mai 2026 in Monrovia ein bedeutender institutioneller Schritt statt. Das United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) organisierte einen nationalen Workshop zur Identifizierung möglicher Verbindungen zwischen Terrorismus und organisierter Kriminalität sowie zur Verbesserung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit. An diesem nahmen Vertreter der Strafverfolgungsbehörden, Nachrichtendienste, Grenzverwaltung, Finanzaufsicht, Justiz und Verteidigung teil. Unterstützt wurde die Veranstaltung unter anderem von INTERPOL, der ägyptischen Generalstaatsanwaltschaft, dem US-amerikanischen Bureau of International Narcotics and Law Enforcement Affairs (INL) sowie dem Ghana Counter-Terrorism Fusion Centre. Darüber

hinaus ist Liberia in den Bewertungsprozess der GIABA und der Financial Action Task Force (FATF) zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung eingebunden. Diese Maßnahmen verdeutlichen, dass die liberianischen Behörden die gegenwärtige Gefährdung vor allem in möglichen zukünftigen Entwicklungen sehen und ihre Präventions- und Kooperationsstrukturen entsprechend ausbauen.

Auf Grundlage regionaler Anschlagsmuster, ohne dass hierfür konkrete liberiaspezifische Hinweise vorliegen, kommen insbesondere Sicherheitskräfte und Grenzposten in peripheren Regionen, staatliche Einrichtungen wie Regierungsgebäude und Polizeistationen, Wirtschafts- und Transportinfrastrukturen – insbesondere die Häfen von Monrovia und Buchanan, Bergbauanlagen sowie der internationale Flughafen – sowie Einrichtungen mit internationaler Präsenz wie Hotels, diplomatische Vertretungen und Büros internationaler Organisationen oder Nichtregierungsorganisationen als potenzielle Zielkategorien in Betracht. Sollte sich die Gewaltentwicklung aus der Sahelzone auf Liberia ausweiten, wären auf Grundlage der Entwicklungen in Burkina Faso, Mali, Benin und Togo insbesondere Angriffe auf Militär- und Polizeistützpunkte in Grenzregionen, der Einsatz improvisierter Sprengvorrichtungen (IED) gegen Sicherheitskräfte sowie Entführungen zur Finanzierung terroristischer Aktivitäten wahrscheinlich. Komplexe Anschläge auf sogenannte weiche Ziele in urbanen Zentren gelten derzeit als deutlich weniger wahrscheinlich. Gleichwohl zeigen Anschläge wie jener in Côte d'Ivoire im Jahr 2016, dass entsprechende Szenarien im regionalen Kontext grundsätzlich möglich bleiben.

Zwischen urbanen Zentren und ländlichen Grenzregionen bestehen erhebliche Unterschiede hinsichtlich des Gefährdungspotenzials. Monrovia weist aufgrund der Konzentration staatlicher Institutionen, diplomatischer Vertretungen sowie internationaler Wirtschaftsakteure einen deutlich höheren Symbolwert auf. Demgegenüber verfügen ländliche Grenzregionen zwar über eine geringere Zieldichte, weisen jedoch aufgrund begrenzter staatlicher Präsenz und teilweise poröser Grenzen zu Guinea und Côte d'Ivoire ein höheres Risiko für grenzüberschreitende Bewegungen, logistische Nutzung und Rückzugsräume auf.

Die hohe allgemeine Kriminalitätsbelastung Liberias, insbesondere bewaffnete Raubüberfälle und organisierte Bandenkriminalität, ist analytisch klar von terroristischen Bedrohungen zu unterscheiden. Gleichzeitig weisen internationale Sicherheitsanalysen darauf hin, dass bestehende kriminelle Netzwerke potenziell als Infrastruktur für Finanzierungs-, Logistik- oder Unterstützungsleistungen terroristischer Gruppierungen genutzt werden könnten. Dadurch entsteht ein sicherheitspolitisch relevanter Berührungspunkt zwischen organisierter Kriminalität und Terrorismus, obwohl bislang keine entsprechenden Fälle innerhalb Liberias dokumentiert wurden.

Es liegen derzeit keine öffentlich dokumentierten Fälle liberianischer Staatsangehöriger vor, die sich jihadistischen Gruppierungen in der Sahelzone oder anderen Konfliktgebieten angeschlossen haben und anschließend nach Liberia zurückgekehrt sind. Ebenso existieren keine belastbaren Hinweise auf organisierte lokale Rekrutierungsnetzwerke. Gleichwohl bestehen mehrere

strukturelle Faktoren, die in vergleichbaren Staaten Westafrikas nachweislich mit einer erhöhten Radikalisierungsanfälligkeit in Zusammenhang stehen und deshalb auch für Liberia sicherheitsanalytisch relevant sind. Hierzu zählen insbesondere eine hohe Jugendarbeitslosigkeit und begrenzte wirtschaftliche Perspektiven, die Instrumentalisierung lokaler oder interkommunaler Konflikte durch jihadistische Gruppierungen in Nachbarstaaten, die begrenzte staatliche Präsenz und Sicherheitskontrolle in Grenzregionen sowie Netzwerke ehemaliger Bürgerkriegskombattanten mit militärischer Erfahrung, bislang jedoch ohne nachgewiesene jihadistische Verbindungen.

Besondere Bedeutung gewinnt zudem die digitale Dimension. Gruppierungen die sich dem "Islamischen Staat" (IS) angeschlossen haben sowie Al-Qaida nutzen zunehmend künstliche Intelligenz und weitere digitale Technologien zur Verbreitung extremistischer Propaganda sowie zur Rekrutierung neuer Anhänger, insbesondere unter Jugendlichen und Kindern. Nach internationalen Analysen wird inzwischen etwa ein Fünftel bis ein Viertel aller weltweiten terroristischen Anschläge von Jugendlichen oder Kindern verübt.

Für Liberia existieren bislang keine öffentlich dokumentierten Fälle einer Online-Radikalisierung. Das Fehlen entsprechender Nachweise sollte jedoch nicht mit einer fehlenden Gefährdung gleichgesetzt werden. Aufgrund begrenzter technischer und personeller Überwachungskapazitäten kann vielmehr von einer erheblichen Dunkelziffer ausgegangen werden. Aus analytischer Sicht schließt das Fehlen dokumentierter Fälle

daher das Vorhandensein entsprechender Radikalisierungsprozesse nicht aus.

Die regionalen Entwicklungen verdeutlichen die zunehmende Dynamik der Sicherheitslage. Die Zahl gewaltsamer Vorfälle im Zusammenhang mit militanten islamistischen Gruppierungen nahe den Grenzen der Sahelstaaten und ihrer Küstennachbarn ist innerhalb von zwei Jahren um rund 250 Prozent auf über 450 registrierte Vorfälle angestiegen. Seit Oktober 2024 sind mehr als 110.000 Menschen aus der Sahelzone in die Küstenstaaten Côte d'Ivoire, Ghana, Togo und Benin geflohen. Côte d'Ivoire konnte nach der Anschlagsserie der Jahre 2020 bis 2021 die Sicherheitslage deutlich stabilisieren; seither wurden keine weiteren terroristischen Anschläge bestätigt. Dies verdeutlicht, dass sich die regionale Ausbreitung jihadistischer Gewalt nicht zwangsläufig linear entwickelt und wirksame Gegenmaßnahmen Erfolge erzielen können. Gleichzeitig schafft die zunehmende Verflechtung von Terrorismus und organisierter Kriminalität – insbesondere in den Bereichen Geldwäsche, Drogenhandel, Menschensmuggel, Waffenhandel sowie illegale Rohstoffgewinnung – widerstandsfähige Finanzierungsstrukturen für bewaffnete Gruppierungen und erhöht langfristig das Risiko einer Ausweitung terroristischer Aktivitäten auf bislang stabile Küstenstaaten.

Die im Mai 2026 durchgeführte UNODC-Initiative sowie die fortlaufende Einbindung Liberias in die FATF- und GIABA-Bewertungsverfahren stellen konkrete und aktuelle Maßnahmen zur Stärkung der nationalen Terrorismusprävention sowie zur Bekämpfung der

Terrorismusfinanzierung dar. Diese Entwicklungen zeigen, dass Liberia seine institutionellen Fähigkeiten angesichts der regionalen Sicherheitslage schrittweise ausbaut.

Der Fortbestand des Status quo erscheint derzeit als das wahrscheinlichste Szenario. Demnach bleiben terroristische Anschläge in Liberia aus, während sich die Bedrohung weiterhin auf den Zusammenhang zwischen organisierter Kriminalität und Terrorismusfinanzierung beschränkt. Ebenfalls realistisch ist eine logistische Nutzung des liberianischen Staatsgebiets durch regionale Netzwerke als Transit-, Rückzugs- oder Unterstützungsraum, ohne dass es zu offenen Gewalthandlungen innerhalb des Landes kommt. Weniger wahrscheinlich, aber bei einer weiteren Ausdehnung jihadistischer Aktivitäten aus der Sahelzone nicht auszuschließen, sind vereinzelte Vorfälle in den Grenzregionen zu Guinea oder Côte d'Ivoire. Die Etablierung operativer terroristischer Strukturen innerhalb Liberias würde hingegen eine erhebliche Verschlechterung der regionalen Sicherheitslage voraussetzen. Für ein solches Szenario liegen derzeit keine belastbaren Hinweise oder Anzeichen vor.



TERRORISMUSBEDROHUNG

LIBERIA



terrorismuswatch
